

**Jahresabschluss (HGB) der  
Landwirtschaftlichen Rentenbank  
zum 31.12.2012**



rentenbank

# Inhaltsverzeichnis

Lagebericht .....	2
Jahresbilanz .....	29
Gewinn- und Verlustrechnung .....	31
Anhang zum Jahresabschluss .....	33
Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats .....	50
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	53
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	54
Bericht des Verwaltungsrates .....	55

## Lagebericht

### Wirtschaftliches Umfeld

Das Jahr 2012 stand weiter im Zeichen der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise. Deren Folgen machten sich inzwischen auch deutlich in der Realwirtschaft bemerkbar. Sparmaßnahmen der Regierungen und Befürchtungen, die Europäische Währungsunion könne auseinanderbrechen, dämpften die Konsum- und Investitionsbereitschaft und führten in vielen Euro-Staaten zu Anpassungsrezessionen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums ging im Jahr 2012 erstmalig seit drei Jahren wieder zurück, und zwar um 0,5 %, nachdem es im Vorjahr noch um 1,4 % angestiegen war. Dabei war die Situation in den einzelnen Euro-Staaten sehr unterschiedlich. Besonders ausgeprägt war die Rezession in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien, während Deutschland mit einem BIP-Wachstum von 0,7 % den Euroraum-Durchschnitt erneut übertraf. Dennoch schwächte sich die Dynamik auch in Deutschland ab. 2011 wuchs die Wirtschaft noch um 3,0 %. Auch 2012 beruhte das Wachstum insbesondere auf dem starken Export in Schwellenländer und auf der Binnennachfrage. Die Ausfuhren in den Euroraum gingen dagegen zurück. Die Arbeitslosenquote sank in Deutschland weiter von 6,0 % im Vorjahr auf 5,5 % im Jahresdurchschnitt 2012 (ILO-Standard). Im Euroraum dagegen erreichte sie ein neues Rekordhoch. Die durchschnittliche Quote stieg von 10,2 % auf 11,4 % im Jahresvergleich und lag Ende 2012 bei 11,7 %.

Trotz rezessiver Tendenzen ließ der Preisdruck im Euroraum nur wenig nach. Der Anstieg der Verbraucherpreise 2012 lag mit 2,5 % geringfügig unter dem Wert des Vorjahres (2,7 %). Dafür waren insbesondere steigende Rohstoff-, Energie- und Lebensmittelpreise verantwortlich. Zum Preisanstieg trug aber auch bei, dass die Verbrauchssteuern in einigen europäischen Staaten erhöht wurden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) nahm im ersten Halbjahr 2012 zunächst keine zinspolitischen Änderungen vor und beließ ihren Leitzins bei 1,0 %. Vor dem Hintergrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung im Euroraum und der anhaltenden Unsicherheit im Finanzsektor senkte die EZB den Leitzins Anfang Juli auf 0,75 %. Gleichzeitig wurde der Zinssatz für die Einlagefazilität auf 0,0 % gesenkt. Darüber hinaus erweiterte die EZB 2012 ihre geldpolitischen Sondermaßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors. So wurden unter anderem der Sicherheitenrahmen für Refinanzierungsgeschäfte der Banken mit der EZB ausgedehnt und ein weiterer Dreijahrestender bereitgestellt, den die Banken Ende Februar mit rund 530 Mrd. € in Anspruch nahmen. Außerdem nahm die EZB im August die Käufe von Staatsanleihen wieder auf, um finanzschwache Staaten des Euroraums zu stützen. Die Zentralbank kündigte darüber hinaus Anfang September an, unter bestimmten Bedingungen unbegrenzt Staatsanleihen von Mitgliedsländern der Währungsunion am Sekundärmarkt zu kaufen, um die Risikoaufschläge von Staatsanleihen der Krisenländer zu begrenzen und um damit in der Lage zu sein, den geldpolitischen Transmissionsmechanismus in allen Ländern des Euroraums zu gewährleisten.

Die Renditen sicherer Anlagen wie Bundesanleihen sanken 2012 auf neue Tiefststände und blieben auf niedrigem Niveau. Die Risikoaversion vieler Investoren stieg insbesondere infolge der Diskussion um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion. Außerdem zweifelten sie daran, ob ein europäischer Fiskalpakt zustande kommt. Entsprechend fiel die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen vor allem zur Jahresmitte deutlich bis hin zu einem Rekordtief von 1,17 % im Juli. Bei Geldmarktpapieren des Bundes waren die Renditen zeitweise sogar negativ. In der zweiten Hälfte des Jahres entspannte sich die Situation wieder etwas. Dennoch blieb die Präferenz der Anleger für „sichere Häfen“ hoch. Am Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei 1,32 %.

In der deutschen Landwirtschaft sorgten gute Bedingungen an vielen wichtigen Absatzmärkten für eine anhaltend positive wirtschaftliche Stimmung. Dämpfend wirkten sich jedoch hohe Betriebsmittelpreise aus, insbesondere für Futtermittel und Energie. Nicht zuletzt aufgrund niedriger Zinsen blieb jedoch die Bereitschaft hoch, in die Primärproduktion zu investieren. Dagegen wurde in erneuerbare Energien aufgrund des novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) deutlich weniger investiert. Betroffen waren insbesondere Biogasanlagen.

## Rahmenbedingungen

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur/Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen sowie Investitionen in erneuerbare Energien und im ländlichen Raum.

Die Geschäftsstrategien werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in „Fördergeschäft“, „Kapitalstockanlage“ und „Treasury Management“.

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, die verbrieften Finanzierungen sowie die Refinanzierung der Bank. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen, ab. Die Geschäfte werden weitestgehend mit anderen Banken getätigt. Die verbrieften Finanzierungen umfassen Investitionen in Wertpapiere zur Sicherung der Liquidität der Bank sowie zur Anlage flüssiger Mittel. Sie dienen damit auch und insbesondere der Erfüllung bankregulatorischer Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Die Bank hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken, wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen.

Im Segment „Treasury Management“ wird die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsrisiko gesichert und gesteuert.

## Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2012 durch eine weiterhin lebhaftere Nachfrage nach Förderfinanzierungen gekennzeichnet. Programmkredite waren insbesondere wegen der regen Investitionstätigkeit aufgrund guter Rahmenbedingungen im Agrarsektor sehr gefragt. Die benötigten Fremdmittel konnte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen beschaffen, da Anleger sichere Anlagen präferierten.

Das Fördervolumen, das sich aus den Segmenten „Fördergeschäft“ und „Kapitalstockanlage“ zusammensetzt, erreichte in der Bilanz insgesamt 67,1 Mrd. € (die Werte in den Klammern beziehen sich auf den 31.12.2011: 66,7 Mrd. €) und lag damit um 0,6 % über dem Vorjahr. Durch das höhere Neugeschäft wuchs der Bestand an Programmkrediten um 3,4 Mrd. € bzw. 12,7 % auf 30,2 Mrd. € (26,8 Mrd. €). Das Volumen der verbrieften Finanzierungen ging im Vergleich zum Vorjahr aufgrund höherer Fälligkeiten und eines niedrigeren Neugeschäfts zurück. Die Neuabschlüsse in den Segmenten „Fördergeschäft“ und „Kapitalstockanlage“ erreichten im Geschäftsjahr 2012 nominal insgesamt 10,4 Mrd. € (11,9 Mrd. €).

Im Berichtsjahr nahm die Bank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 9,6 Mrd. € (12,0 Mrd. €) auf.

## Bilanz

Die Bilanzsumme sank 2012 um 2,1 Mrd. € (+2,8 Mrd. €) bzw. 2,6% (+3,6 %) auf 79,2 Mrd. € (81,3 Mrd. €). Die Eventualverbindlichkeiten betragen 2,7 Mio. € (3,1 Mio. €). Die unwiderruflichen Kreditzusagen erhöhten sich um 0,2 Mrd. € auf 1,2 Mrd. € (1,0 Mrd. €). Kredite werden grundsätzlich über andere Banken vergeben. Auf der Aktivseite der Bilanz fallen dementsprechend die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 64,6 % (63,7 %) besonders ins Gewicht. Dieser Posten wertete zum Jahresultimo mit 51,2 Mrd. € (51,8 Mrd. €). Die Forderungen an Kunden nahmen um 1,6 Mrd. € auf 4,6 Mrd. € (3,0 Mrd. €) zu. Die in diesem Posten enthaltenen Kommunalkredite erhöhten sich auf Grund des Erwerbs von Schuldscheindarlehen einzelner Bundesländer um 1,7 Mrd. € auf 4,3 Mrd. € (2,6 Mrd. €). Der Wertpapierbestand setzt sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammen. Er verringerte sich um 3,2 Mrd. € auf 22,0 Mrd. € (25,2 Mrd. €). Dieser Bilanzposten enthält zum Jahresende Anleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 21,8 Mrd. € (24,9 Mrd. €). Schuldverschreibungen der Liquiditätsreserve befanden sich zum Jahresende nicht im Bestand. Im Vorjahr wurden nominal 40,0 Mio. € nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,2 Mrd. € auf 3,6 Mrd. € (3,8 Mrd. €). Die Tages- und Termingelder fielen um € 0,3 Mrd. € auf 0,2 Mrd. € (0,5 Mrd. €). Die ebenfalls

unter diesem Posten ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen betragen 1,3 Mrd. € (1,3 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sanken um 0,8 Mrd. € auf 5,2 Mrd. € (6,0 Mrd. €). Der Bilanzposten enthält nahezu ausschließlich Namensschuldverschreibungen, die am Jahresende mit einem Bestandsvolumen von 4,0 Mrd. € (4,5 Mrd. €) ausgewiesen werden.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten verminderte sich um 0,6 Mrd. € bzw. 1,0 % und führte am Jahresultimo zu einem Ausweis von 62,2 Mrd. € (62,8 Mrd. €). Das Euro-Medium-Term-Note-Programm (EMTN) stellt mit 38,3 Mrd. € (37,9 Mrd. €) das wichtigste Refinanzierungsinstrument dar. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 11,7 Mrd. € (12,2 Mrd. €). Innerhalb der Geldmarktrefinanzierung verringerte sich der Bestand aus dem ECP-Programm auf 5,3 Mrd. € (7,0 Mrd. €).

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die Rückstellungen erhöhten sich um 0,9 Mio. € auf 399,1 Mio. € (398,2 Mio. €).

Den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden brutto 6,7 Mio. € (5,3 Mio. €) zugeführt. Der Verbrauch für laufende Pensionszahlungen und ähnliche Verpflichtungen betrug 5,1 Mio. € (5,1 Mio. €). Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich um 1,6 Mio. € (0,2 Mio. €) erhöht.

Die anderen Rückstellungen verringerten sich um 0,6 Mio. € auf 312,8 Mio. € (313,4 Mio. €). Dieser Bilanzposten umfasst insbesondere den Förderbeitrag der Rentenbank zur Verbilligung der Programmkredite.

## Ertragslage

Die anhaltend positive Ertragsentwicklung der Rentenbank setzte sich im Geschäftsjahr 2012 fort.

Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte im Rahmen einer Ausweisänderung die Umgliederung des Aufwands für die Bildung der Rückstellungen für den Zinszuschuss der Programmkredite in Höhe von 70,6 Mio. € (69,2 Mio. €) in den Zinsaufwand. Der Aufwand für die Bildung dieser Rückstellungen wurde bis zum Vorjahr im Überkreuzkompensationsposten nach § 340f Abs. 3 Handelsgesetzbuch (HGB) ausgewiesen. Deshalb sind beide Positionen zum Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar.

Vor Ausweisänderung wurde in 2012 ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung in Höhe von 374,3 Mio. € (Vorjahr 369,8 Mio. €) erreicht. Dies entspricht einem Wert von 303,7 Mio. € nach Ausweisänderung.

Nach Abzug des Zinszuschusses für Programmkredite in Höhe von 70,6 Mio. € errechnete sich zum 31.12.2012 ein Zinsüberschuss von 352,9 Mio. € nach 417,2 Mio. € im Vorjahr (ohne Ausweisänderung).

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 44,7 Mio. € (40,5 Mio. €).

Während sich die Ergebnisse der Segmente „Fördergeschäft“ und „Kapitalstockanlage“ weiterhin positiv entwickelten, war der Ergebnisbeitrag des Segments „Treasury Management“ im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft sind ausreichend bemessen und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken.

#### Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss wurde 2012 mit 51,0 Mio. € (49,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Hieraus wurden 38,25 Mio. € (36,75 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt. Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt nach § 2 Absatz 3, Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Entsprechend wurde aufgrund des Volumens der zu deckenden Schuldverschreibungen ein Betrag von 21,8 Mio. € (21,4 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 12,75 Mio. € (12,25 Mio. €), der zur Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes verwendet wird.

#### Eigenmittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen Eigenmittel erreichen nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3.957,5 Mio. € (3.639,0 Mio. €).

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2012 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	769,9	709,8
Deckungsrücklage	115,9	137,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.219,2	1.928,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	717,5	728,3
Gesamt	3.957,5	3.639,0

Die Eigenmittel erhöhten sich im Vergleich zu 2011 um 318,5 Mio. €. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 291,0 Mio. € auf 2.219,2 Mio. € aufgestockt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich durch Wechselkurseffekte bei der Umrechnung der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten um 10,8 Mio. € (52,5 Mio. €) vermindert.

Aufsichtsrechtlich erhöhten sich die Eigenmittel der Bank zum 31.12.2012 vor Beschluss über den Jahresabschluss auf 3.740,8 Mio. € (3.517,5 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) auf Basis der Solvabilitätsverordnung

(SolvV) errechnete Gesamtkapitalquote von 27,5 % (25,7 %) lag am Bilanzstichtag weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

Insgesamt beurteilt der Gesamtvorstand die Geschäftsentwicklung bezogen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend.

## Rechnungslegungsprozess

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist es, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des HGB in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25.05.2009 und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den in der EU verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) stellt die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Die Vergabe aufgabenspezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Durch Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermieden werden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, dass Fehler entdeckt und korrigiert werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Gesamtvorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem wird bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

Sonstige Leistungsindikatoren

#### *Mitarbeiter*

Ende 2012 waren 256 (240) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Darin sind abwesende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund von Elternzeit sowie der Vorstand nicht enthalten. Die neuen Stellen spiegeln insbesondere die weiter steigenden aufsichtsrechtlichen und technischen Anforderungen in der Marktfolge wider.

Freie Stellen konnten mit sehr gut qualifizierten und engagierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden. Dies unterstreicht, dass die Bank am Finanzplatz Frankfurt zu den attraktiven Arbeitgebern zählt. Geschätzt wird – neben interessanten und sicheren Arbeitsplätzen – insbesondere die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, wie sie im Förderauftrag und dem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell zum Ausdruck kommt.

Nach fünf Trainees im Vorjahr wurden 2012 weitere zwei übernommen. Die Bank ist zuversichtlich, auch den derzeit sechs Trainees ein solches Angebot unterbreiten zu können.

Der Aufwand für „Löhne und Gehälter“ ist 2012 aufgrund der höheren Mitarbeiterzahl und der Tariferhöhung um 0,8 Mio. € auf 21,1 Mio. € (20,3 Mio. €) gestiegen. Da als Anschaffungsnebenkosten 0,6 Mio. € davon für IT-Projekte aktiviert wurden, weisen wir einen Aufwand für „Löhne und Gehälter“ von 20,5 Mio. € aus. Die „Sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“ erhöhten sich dagegen stärker um 2,4 Mio. € auf 5,1 Mio. € (2,7 Mio. €). Dies ist auf eine um 1,1 Mio. € höhere Zuführung zu den Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Darüber hinaus erhöhte sich die Anzahl der Berechtigten sowie die Inanspruchnahme des Vorruhestandentgeltes, so dass den entsprechenden Rückstellungen bzw. Verbindlichkeiten insgesamt 1,0 Mio. € zugeführt wurden.

#### *Nachhaltigkeit*

Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile und ökologische Gesellschaft. Wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns finden sich explizit im Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank. Im Rahmen ihres Fördergeschäfts finanziert die Rentenbank Investitionen der Agrarwirtschaft in erneuerbare Energien, Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, nachwachsende Rohstoffe, ökologischen Landbau und regionale Vermarktung sowie

agrарbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz zu besonders günstigen Konditionen. In den letzten Jahren ist das Neugeschäftsvolumen der Programmkredite für Investitionen in nachhaltige Projekte stetig gewachsen. Im Geschäftsjahr 2012 ging es allerdings deutlich auf 1,7 Mrd. € (2,7 Mrd. €) zurück. Durch Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sank insbesondere die Nachfrage nach Finanzierungen für Biogasanlagen.

Als Dienstleistungsunternehmen trägt die Rentenbank auch in ihrem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und geht sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Es wird regelmäßig geprüft, ob es weitere Einsparpotenziale gibt, und es werden ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit einbezogen, beispielsweise bei den Mitarbeiterwohnungen. Die Rentenbank ist ein attraktiver Arbeitgeber und hat das Ziel, Arbeitsplätze anzubieten, an denen man Wertschätzung für die individuelle Leistung und Persönlichkeit erfährt und seine Fähigkeiten für eine sinnvolle Aufgabe einsetzen kann.

## Risikobericht

### Allgemeine Grundlagen

Das Unternehmensziel der Bank, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums. Die Geschäftstätigkeit der Bank ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei wird darauf geachtet, dass die Bank auch in Zukunft jederzeit in der Lage ist, ihren Förderauftrag zu erfüllen. Die Risikostruktur der Bank wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Die Bank hat Ende 2012 damit begonnen, die Anforderungen der 4. MaRisk-Novelle (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) umzusetzen. Dies umfasst insbesondere die Risikostrategien, die Kapitalplanungsprozesse, die Risikocontrolling- und Compliance-Funktionen und die Überprüfung des Liquiditätskostenverrechnungssystems.

### Organisation des Risikomanagementprozesses

#### *Risikomanagement*

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Gesamtvorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie der Rentenbank fest. Sie wird insbesondere von dem kontinuierlichen Förderauftrag der Bank und den Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die wesentlichen Geschäftsfelder Ziele und Maßnahmen zur deren Erreichung festgelegt.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagementsystem auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Gesamtvorstand hat dazu eine Risikostrategie und die daraus abgeleiteten

Teilstrategien festgelegt. Diese werden mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls vom Gesamtvorstand angepasst.

Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagementsystems ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind. Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“.

In der Bank wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Die Risikoinventur bildet die Grundlage für die Beurteilung der Wesentlichkeit der Risiken.

Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen gibt das Risikohandbuch des Gesamtvorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken der Bank.

Als Teil des Planungsprozesses werden für die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechende potenzielle Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit wird in Form einer Drei-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert es, einen „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) durchzuführen. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement.

### *Risikocontrolling*

Das Risikocontrolling ist organisatorisch in den Bereichen Finanzen und Banken angesiedelt. Im Bereich Finanzen umfasst es die regelmäßige Überwachung der vom Gesamtvorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken und die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Der Gesamtvorstand und der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanz- bzw. Kreditausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) müssen umgehend der Gesamtvorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Bereichs- und Abteilungsleiter informiert werden. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden vom Vorstand unverzüglich an den Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung werden laufend überprüft und weiterentwickelt.

#### *Interne Revision*

Die Interne Revision ist dem Gesamtvorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Gesamtvorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und der Vorsitzende des Bilanzausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Interne Revision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Bank einschließlich des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems.

#### Risikokategorien – Wesentliche Einzelrisiken

Alle wesentlichen Risiken der Bank werden im Rahmen der Risikoinventur, des NPP sowie der täglichen Überwachungstätigkeit identifiziert und auf Konzentrationseffekte hin untersucht.

Für Risiken, die als nicht wesentlich eingestuft werden, d. h. von untergeordneter Bedeutung für die Bank sind, sind angemessene Vorkehrungen getroffen worden. Diese Vorkehrungen sind grundsätzlich durch Arbeits- und Organisationsanweisungen dokumentiert.

#### Adressenausfallrisiken

##### *Definition*

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko, das wiederum das Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko beinhaltet, sowie das Settlement- und Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko sind der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das derivative Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Strukturrisiken (Klumpenrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden

Wertbeständigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlustes aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen EU-Land sowie Norwegen (seit 2011) vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen. Darüber hinaus können allgemeine Fördergeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt grundsätzlich bei der Hausbank. Da die Forderung gegen den Endkreditnehmer im Falle von Einzelrefinanzierungsdarlehen an die Rentenbank abgetreten ist, hat eine Wertminderung der vom Endkreditnehmer an die Hausbank gestellten Sicherheit unmittelbare Auswirkungen auf das gedeckte Geschäft. Endkreditnehmerrisiken sind somit Teil des Sicherheitenrisikos.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risikosteuerung der Bank.

Bei der Kreditvergabe an Unternehmen geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft Risiken ein. Im Jahr 2012 wurden hier keine Kredite zugesagt.

Der Katalog der Fördermaßnahmen sieht im Rahmen des Risikokapitalfonds Agrarwirtschaft (bis zu einer Obergrenze von 100 Mio. €) auch vor, dass geeignete Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel erhalten können, um etablierte Unternehmen mit einwandfreier Bonität in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten. Hier wurden bislang keine Geschäfte getätigt.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft und Treasury verantwortlich. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren und Schuldscheindarlehen im Rahmen des allgemeinen Fördergeschäfts und des Treasury Managements sowie für Neuabschlüsse im Geldgeschäft und bei Derivaten verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Es werden nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht. Die Bank tätigt keine Geschäftsabschlüsse mit Credit Default Swaps (CDS).

## *Organisation*

Der Gesamtvorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem Kreditausschuss des Verwaltungsrats zur Kenntnis vor.

Die Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken wird nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Der Bereich Banken formuliert eine einheitliche Kreditrisikostategie und ist für deren Umsetzung zuständig. Er steuert außerdem die Adressenausfallrisiken. Darüber hinaus werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen ermittelt, Beschlüsse für Kreditentscheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko laufend überwacht. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich maßgeblich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Diese als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben werden von den Bereichen Fördergeschäft, Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab, bearbeiten die Geschäftsabschlüsse und bewerten die Sicherheiten. Sie sind auch zuständig für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten. Erforderliche Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Gesamtvorstand getroffen. Die Prozessverantwortung liegt beim Marktfolge-Vorstand.

Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer sowie des Gesamtkreditportfolios und ist für die Risikoberichterstattung über die Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in sein Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftsbezogen auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit und des Gesamtkreditportfolios. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produktgruppen zusammengefasst werden.

## *Bonitätsbeurteilung*

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelten Bonitätsklassen sind ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten

Verfahren in 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemerkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

In Bonitätsklassen eingestuft wird mindestens einmal jährlich, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten überprüft werden. Hierbei fließen – neben betriebswirtschaftlichen Kennzahlen – auch sogenannte weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren, wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen, ein. Gegebenenfalls werden zusätzlich die Einstufungen von Rating-Agenturen herangezogen. Bei bestimmten Geschäftsarten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die Sicherheiten als weiteres Kriterium berücksichtigt. Zusätzlich sind die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert zu beurteilen. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners auslösen, dass die Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren überprüft und gegebenenfalls das Limit angepasst wird. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Geschäftspartner der Rentenbank wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Trotz Bonitätsherabstufungen einiger Geschäftspartner lässt sich die durchschnittliche Bonität des Gesamtkreditportfolios der Bank nicht zuletzt aufgrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin als gut klassifizieren.

Vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung stehen die Euro-Peripherie-Staaten unter besonderer Beobachtung. Dies spiegelt sich auch in der Bonitätseinstufung der entsprechenden Länder wider. Unser Engagement in Griechenland konnten wir in 2012 beenden. In Irland ist dieses auf ein bestehendes Swapgeschäft mit dem Tochterinstitut einer US-Großbank beschränkt. In Italien, Portugal und Spanien konnten wir im abgelaufenen Geschäftsjahr unsere Engagements ebenfalls deutlich zurückführen.

Freie Kreditlinien oder unwiderrufliche Kreditzusagen mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen nicht. Neugeschäfte mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten wurden in 2012 nicht abgeschlossen und sind bis mindestens Juni 2013 auch nicht vorgesehen. Nur durch Barsicherheiten besicherte Derivate bilden eine Ausnahme und dürfen weiterhin abgeschlossen werden.

Der Anteil der Staatsanleihen von Euro-Peripherie-Staaten an der Bilanzsumme zum 31.12.2012 betrug 0,7 % (0,6 %), der Anteil der Anleihen und Schulscheindarlehen von Banken 5,3 % (6,7 %).

Das Engagement anderer Kontrahenten in Euro-Peripherie-Staaten, sogenanntes indirektes Engagement, wird bei der Bonitätsbeurteilung sowie bei der Untersuchung auf Wertminderungen berücksichtigt.

### *Quantifizierung der Adressenausfallrisiken*

Kreditrisikostategie und Risikotragfähigkeitskonzept sind Steuerungsinstrumente, die auf eine gute Bonität des Gesamtkreditportfolios abzielen.

Das Bonitätsklassensystem der Rentenbank bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mithilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Rating-Agenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten verwendet. Über eigene historische interne Ausfallraten verfügt die Bank aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht. Stichtag für die Berechnungen ist jeweils der Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standardszenario (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien ergänzt (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf intern eingeräumte Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen, geringeren Wiedereinbringungsraten sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten). Die Bank fokussiert sich im Rahmen ihres Geschäftsmodells auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem wesentlichen Konzentrationsrisiko. Für diese sektoralen Konzentrationsrisiken wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) vorgehalten.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wird den Adressenausfallrisiken ein bestimmter Anteil des Risikodeckungspotenzials zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Die Stressszenarien berücksichtigen auch länderspezifische Einflüsse und stellen auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. In zusätzlichen Extremszenarien wird der Ausfall der beiden nach Risiko-Exposure (Berücksichtigung von Verlustquoten) größten Kreditnehmereinheiten bzw. Auslandsengagements sowie der Ausfall aller als erhöhte latente Risiken eingestuften Engagements unterstellt. Der in diesen Extremszenarien ermittelte potenzielle Ausfall dient zur Messung von Risikokonzentrationen und ist im „Going Concern-Ansatz“ nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Im Vordergrund steht dabei, die Ergebnisse kritisch zu reflektieren und einen möglichen Handlungsbedarf (beispielsweise in Form von Limitreduzierungen oder verschärfter Risikoüberwachung) abzuleiten. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

### *Limitierung und Reporting*

Die Risikoübernahme und -limitierung ist das Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostategie und der Risikotragfähigkeit der Bank vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten als auch des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostategie, aus der sich strategiekonsistente Unterlimite ableiten.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil des Risikodeckungspotenzials wird eine Gesamtobergrenze für alle Adressenausfalllimite festgelegt. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoübergrenze, eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen sowie ein Produktlimit für das Wertpapiergeschäft.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die internen Limite für einen Geschäftspartner werden in Abhängigkeit von dessen aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus resultierenden Bonität festgelegt. Daneben gibt es eine Gesamtobergrenze je Kreditnehmereinheit, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Finanzierungen setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolien, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für Marktpreisschwankungen. Dem Marktfolge-Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank, den Kontrahenten bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen und somit die Adressenausfallrisiken, die hierfür notwendige Eigenkapitalunterlegung sowie die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende erstellt der Bereich Banken (Marktfolge) für den Gesamtvorstand und für den vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss nach den Vorgaben der MaRisk einen Kreditrisikobericht. Dieser Bericht enthält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Bonitätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressenausfallrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklung von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wurden zum Stichtag 260 Mio. € (260 Mio. €) des Risikodeckungspotenzials für das Adressenausfallrisiko zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellte sicher, dass dieser Wert im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wurde.

## Marktpreisrisiken

### *Definition*

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand infolge sich ändernder Marktpreise.

### *Organisation*

Die Rentenbank führt kein Handelsbuch gemäß § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist es, Marktpreisrisiken qualitativ und quantitativ zu bewerten und zu steuern. Das Risikocontrolling quantifiziert die Marktpreisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

### *Quantifizierung der Marktpreisrisiken*

#### Zinsänderungsrisiken

Die Bank begrenzt das Zinsänderungsrisiko überwiegend, indem sie Bilanzgeschäfte mit derivativen Geschäften absichert. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft. Da eine Absicherung der Einzelpositionen im Förderkreditgeschäft aufgrund der geringen Volumina nicht zeitgleich abgesichert werden, entstehen Fristentransformationsergebnisse nur aus kurzfristig offenen Positionen.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene werden täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten ermittelt und zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zinssensitiven Positionen der Bank gemessen.

Die quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Dabei werden die einzubeziehenden Positionen – getrennt nach aktivischen sowie passivischen – in Laufzeitbänder eingestellt. Für jedes Laufzeitband wird eine Nettoposition ermittelt. Anschließend werden die

einzelnen Nettopositionen mit ihrem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebenen laufzeitbandabhängigen Gewichtungsfaktor multipliziert und dann zu einer gewichteten Gesamtnettoposition addiert. Das Ergebnis stellt die geschätzte Änderung des Barwerts dar, die in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln gesetzt wird. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen ohne Berücksichtigung von Eigenkapitalbestandteilen durchgeführt. Gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG besteht „unverzögliche“ Anzeigepflicht, falls die negative Veränderung des Barwertes 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Beschluss des Gesamtvorstands festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limits wird täglich überwacht und an den Gesamtvorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimits barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität von 40 Basispunkten gemessen wird.

Zur Information wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein Value at Risk (VaR) ermittelt. Prognostiziert wird der maximale, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankenkredite (Deposit/Swap-Kurve) und Derivate (EONIA-Swap-Kurve).

#### Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen auf die Deposit/Swap-Kurve, insbesondere Cross Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads sowie Credit-Spreads, wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen das Risikodeckungspotenzial. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Bewertungsergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungspotenzial unterlegt.

Das Spreadrisiko würde sich erst realisieren, wenn die Buy and Hold-Strategie durchbrochen wird bzw. wenn ein Geschäftspartner ausfällt. Auf der Passivseite ist dies insgesamt ausgeschlossen, da es kein realistisches Szenario gibt, in dem die Rentenbank Verbindlichkeiten zurückkaufen müsste. Unabhängig davon werden aber auch diese Bewertungsergebnisse sowohl in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung als auch in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

#### Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken aus Bilanzgeschäften werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte gesichert. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in äußerst geringem Umfang. In keiner Währung war ein materielles Risiko feststellbar.

## Standardszenarien

Im Standardszenario werden mögliche Marktpreisschwankungen angenommen. Für alle offenen zinssensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität unter Verwendung einer Parallelverschiebung der Zinskurven mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 95 % gerechnet und den jeweiligen Limiten gegenübergestellt.

## Stressszenarien

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird nicht eine parallele Verschiebung der Zinskurve wie im Standardszenario untersucht, sondern eine differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Risikoaufschläge bzw. -abschläge im Interbankenmarkt für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Fördergeschäft“ werden eine Erhöhung der CCY -Basisswap-Spreads und der Basisswap-Spreads sowie eine Reduzierung der Credit-Spreads berechnet. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden Korrelationseffekte berücksichtigt.

Es wird eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 99 % unterstellt.

## *Limitierung und Reporting*

Das dem Marktpreisrisiko zugewiesene Risikodeckungspotenzial entspricht dem Risikolimit von 19 Mio. € (61 Mio. €). Nicht mehr benötigte Limite im „Fördergeschäft“ wurden gelöscht. Zusätzlich wurden im Rahmen der Validierung die Limite entsprechend der Anpassung der Standardszenarien skaliert.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die festgelegten Risikolimite nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Gesamtvorstand berichtet. Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und des Risikocontrollings. Der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen im Rahmen des Gesamtrisikoberichts quartalsweise informiert.

## *Backtesting*

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Fördergeschäft“ täglich überprüft.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Hier werden die entstandenen potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste aus Markteffekten dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene werden quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell validiert.

## Liquiditätsrisiken

### *Definition*

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko bezeichnet speziell die Gefahr, dass Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußert, also liquidiert werden können.

### *Steuerung und Überwachung*

Die Liquiditätsrisiken aus den offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Gesamtvorstand vorgegebenes und an den Refinanzierungsmöglichkeiten orientiertem Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und informiert den Gesamtvorstand und die zuständigen Fachabteilungen über die Ergebnisse entsprechend.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Emissionen und Offenmarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren das jeweilige frei verfügbare Refinanzierungspotenzial nicht überschreiten. Nach MaRisk werden ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten, um kurzfristigen Refinanzierungsbedarf von mindestens einer Woche zu überbrücken und gegebenenfalls zusätzlich erforderlichen Refinanzierungsbedarf aus Stressszenarien zu decken.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden die Mittelzu- und -abflüsse der kommenden fünfzehn Jahre quartalsweise einem Limit über die Laufzeitenbereiche ab zwei bis fünfzehn Jahre gegenübergestellt. Die negativen kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept nicht mit Risikodeckungspotenzial unterlegt, da die Bank über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im Übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) beschaffen kann.

#### *Stressszenarien*

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines Anstiegs der negativen bzw. eines Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolios. Mit dem Szenario-Mix wird das gleichzeitige (kombinierte) Eintreten von institutsspezifischen und marktbedingten Stressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Stresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

#### *Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung*

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen fristenkongruent gegenübergestellt. Ferner werden im Rahmen einer Hochrechnung diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage berechnet. Im Berichtsjahr 2012 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,70 und 4,82 (2,31 und 5,83) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

#### *Reporting*

Der Gesamtvorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats wird hierüber quartalsweise informiert.

## Operationelle Risiken

### *Definition*

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen Rechtsrisiken, Risiken aus Rechtsverstößen und sonstigen strafbaren Handlungen, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählen unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs- und Reputationsrisiken.

### *Organisation*

Die operationellen Risiken der Rentenbank werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (z. B. Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert die Bank, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird hierbei frühzeitig in Entscheidungen einbezogen.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus Rechtsverstößen und sonstigen strafbaren Handlungen, die das Vermögen der Bank in Gefahr bringen könnten, identifiziert und Maßnahmen zur Optimierung der Organisation zur Betrugsprävention abgeleitet. Innerhalb betrugsrelevanter Themengebiete wird die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Organisation zur Betrugsprävention analysiert.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Die Bank hat einen IT-Sicherheitsbeauftragten benannt und ein IT-Sicherheitskonzept implementiert. Der IT-Sicherheitsbeauftragte überwacht die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von informationsverarbeitenden und -lagernden Systemen. Bei allen IT-Störfällen ist er eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auch Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in diese Pläne integriert.

### *Quantifizierung der operationellen Risiken*

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfanges festgelegt.

### Schadensfallerhebung

Alle Schadensereignisse der Bank werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Alle laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfassen dezentral die Operational-Risk-Beauftragten. Operationelle Risiken werden in den einzelnen Geschäftsbereichen gemanagt, sodass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der jeweiligen Organisationseinheiten liegen. Die Aufgaben, Schadensfälle zu analysieren und zu aggregieren sowie das Instrumentarium methodisch weiterzuentwickeln, sind dem Risikocontrolling zugeordnet.

### Self Assessment

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, zu nutzen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert, anschließend nach Schadenshöhe und -häufigkeit bewertet und gegebenenfalls durch zusätzliche Präventivmaßnahmen reduziert.

### Risikoindikatoren

Um frühzeitig auf Veränderungen im Risikoprofil der Bank zu reagieren zu können, wurden Risikoindikatoren für drohende Verluste definiert. Auf dieser Basis können angemessene Maßnahmen zur Risikobewältigung ergriffen werden. Deren Effektivität spiegelt sich in der Entwicklung der Indikatoren unmittelbar wider. Ausgehend von den durch Selbsteinschätzung oder anderweitige Risikoanalyse gewonnenen Erkenntnissen entwickelt das Risikocontrolling derzeit ein System zur Überwachung von Risikoindikatoren. Geplant ist, einen entsprechenden Bericht erstmalig im ersten Quartal 2013 zu erstellen und ihn dem Gesamtvorstand sowie dem Führungskreis I vorzulegen.

### *Limitierung und Reporting*

Für die operativen Risiken wird das Limit anhand eines modifizierten Basisindikatorenansatzes ermittelt. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Gesamtvorstand, den Verwaltungsrat und den Führungskreis I.

### Regulierungs- und Reputationsrisiken

#### *Definition*

Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis der Bank auswirkt. Zusätzlich besteht das Risiko, dass regulatorische Anforderungen unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken.

#### *Steuerung und Überwachung*

Regulierungsrisiken können das auf dem gesetzlichen Förderauftrag beruhende Geschäftsmodell der Rentenbank beeinträchtigen. Ohne die rechtlichen nationalen und europäischen Rahmenbedingungen, insbesondere für Förderkredite, wäre eine nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raums nicht möglich. Basis des Geschäftsmodells sind u. a. ein geringes Risiko im Kreditgeschäft sowie eine stabile Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Auch zusätzliche regulatorische Anforderungen an Kreditinstitute, z. B. aus den Basel III- und CRD (Capital Requirements Directive) IV-Vorschriften, wird die Rentenbank nach den bereits durchgeführten Hochrechnungen erfüllen.

Reputationsrisiken können u. a. die Refinanzierungsfähigkeit der Rentenbank gefährden. Aufgrund der Triple-A-Ratings bestehen aber entsprechende Refinanzierungsmöglichkeiten. Bei der Vergabe der Triple-A-Ratings stellen der gesetzliche Förderauftrag der Rentenbank und die damit verbundene besondere Haftung (Anstaltslast) des Bundes maßgebliche Faktoren dar.

Die Regulierungs- und Reputationsrisiken können sich auf das Neugeschäft und damit auf die Marge negativ auswirken. Sie werden durch die Berücksichtigung in den verschiedenen Szenarien der Ertragsplanung gesteuert. Neben den monatlichen Soll-/Ist-Abgleichen in der Gewinn-und-Verlustrechnung werden die Risiken auch über die Einträge in der Schadensfalldatenbank und in den durchgeführten Self Assessments überwacht.

#### *Reporting*

Der vom Verwaltungsrat gebildete Verwaltungsausschuss erörtert die Ertragsplanung. Der Gesamtvorstand und der Bilanzausschuss des Verwaltungsrats

werden quartalsweise über bedeutende Schadensereignisse und wesentliche Risiken aus den Self Assessments informiert.

### Risikotragfähigkeit

In der Risikotragfähigkeitsrechnung wird die Summe der Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken der Bank einem Anteil des Risikodeckungspotenzials in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt. Liquiditäts-, Reputations- und Regulierungsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept nicht angerechnet. Sie werden aufgrund ihrer Eigenart nicht einbezogen, da sie nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial begrenzt werden können. Stattdessen werden diese Risikoarten im Rahmen ihrer Risikostrategie in den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen berücksichtigt.

Das Risikotragfähigkeitskonzept basiert auf dem „Going Concern-Ansatz“. Der Betrachtungshorizont ist auf ein Jahr festgelegt.

Im „Going Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen. Bei Eintritt der konservativ festgesetzten Stressszenarien mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 99 % müssen dabei immer noch genügend Kapitalbestandteile vorhanden sein, um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) von derzeit 4 % (Kernkapitalquote) bzw. 8 % (Gesamtkapitalquote) zu erfüllen.

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ berechnet.

Bei einem „Liquidationsansatz“ steht der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stillen Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Danach muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 99,99 % abzudecken.

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken ist auch Grundlage für die Vergabe der Globallimite für das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko. Die Limite wurden jederzeit eingehalten. Das Risikodeckungspotenzial basiert auf den Eigenmitteln nach IFRS und ist daher im Konzernlagebericht detailliert dargestellt worden.

Für weitere Aussagen zur Risikotragfähigkeit wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Die Ergebnisse aus den Berechnungen zur Risikotragfähigkeit reflektieren die auf Nachhaltigkeit und Stabilität angelegte Risikostrategie.

### Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

## Prognosebericht

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank hängt wesentlich von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten ab. Diese werden durch die Konjunktur, die jeweilige Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die wirtschaftliche Lage an den Agrarmärkten eine wichtige Rolle. Mittel- und langfristig sind die Aussichten des Agrarsektors insbesondere mit Blick auf die zunehmende Weltbevölkerung sehr positiv. Doch auch die Agrarmärkte sind nicht unabhängig von konjunkturellen Schwankungen.

Die Weltkonjunktur hat sich im Jahr 2012 weiter abgeschwächt. Der Tiefpunkt scheint jedoch erreicht zu sein. Verschiedene Indikatoren deuten auf eine leicht anziehende konjunkturelle Dynamik im laufenden Jahr hin. Allerdings belasten Unsicherheiten den Ausblick, insbesondere die anhaltende Staatsschuldenkrise im Euroraum und der zukünftige finanzpolitische Kurs in den Vereinigten Staaten.

Für Deutschland prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute für 2013 ein Wirtschaftswachstum von weniger als einem Prozent. Im Euroraum insgesamt wird sogar ein weiteres Jahr mit einer leichten Rezession nicht ausgeschlossen. In vielen europäischen Staaten dürften die Bemühungen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Die konjunkturelle Erholung in den Schwellenländern könnte dagegen zumindest dem Außenhandel Impulse geben.

Im Euroraum zeichnet sich für das Jahr 2013 eine niedrigere durchschnittliche Inflationsrate ab. Grund dafür sind die trüben Konjunkturaussichten und Basiseffekte bei den Preisen für Energie und Nahrungsmittel. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwartet einen Preisanstieg von unter 2 % im laufenden Jahr.

Vor diesem Hintergrund wird die EZB auf absehbare Zeit ihre Geldpolitik vermutlich nicht ändern und ihren Leitzins vorerst bei 0,75 % belassen. Sollte sich die Staatsschuldenkrise erneut verschärfen, ist jedoch auch eine weitere Lockerung nicht völlig auszuschließen. Die Zentralbank dürfte darüber hinaus den Finanzsektor weiterhin mit reichlich Liquidität versorgen, obwohl sich bereits eine gewisse Beruhigung an den Kapitalmärkten in den ersten Wochen des laufenden Jahres abgezeichnet hat. Diese leichten Normalisierungstendenzen führten außerdem dazu, dass die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen, wie Bundesanleihen, angestiegen sind. Dennoch dürfte der Anstieg begrenzt bleiben, da sich viele Anleger angesichts der noch ungelösten Staatsschuldenkrise weiterhin risikoscheu verhalten werden.

Auch unter diesen Rahmenbedingungen geht die Rentenbank aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik und ihren Triple-A-Ratings davon aus, ihren Förderauftrag erfolgreich erfüllen zu können.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Mehrjahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Mehrjahresplanung.

Im Rahmen der aktuellen Planung wird in der Bank aufgrund der Entwicklung an den Kredit- und Kapitalmärkten sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 ein Neugeschäftsvolumen auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres erwartet. Der Bestand wird sich durch die absehbar hohen Fälligkeiten wahrscheinlich reduzieren und so voraussichtlich zu geringeren Erträgen führen. Dabei wird der Schwerpunkt in der Kreditvergabe weiterhin bei Programmkrediten liegen. Die Bank geht von einer stabilen bis steigenden Nachfrage bei den Programmkrediten "Landwirtschaft" sowie "Agrar- und Ernährungswirtschaft", einem Rückgang in den Programmen "Erneuerbare Energien" sowie einer stabilen Nachfrage in "Ländliche Entwicklung", insbesondere bei der Zusammenarbeit mit den Landesförderinstituten, aus. Das Neugeschäft kann unverändert mittels aller Emissionsprogramme refinanziert werden. Leicht steigende Erträge werden im Segment „Kapitalstockanlage“ durch ein erhöhtes Anlagevolumen aus der Neuzuweisung – trotz der unterstellten niedrigeren Anlagezinsen – erwartet. Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird sich aus heutiger Sicht 2013 und 2014 voraussichtlich aufgrund der prognostizierten Margeneinengung rückläufig entwickeln.

Auch bei der von der Rentenbank praktizierten risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch im Jahresverlauf 2013 weitere bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Geschäftspartner bekannt werden. Dies kann weitere Ratingverschlechterungen nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial belasten.

Die Kostenplanung für die Jahre 2013 und 2014 berücksichtigt insbesondere die erforderlichen Investitionen in die Datenverarbeitung. Darin enthalten sind Investitionen für die Implementierung des neuen Handelssystems und der neuen Meldewesen-Software sowie für die Erneuerung der im Einsatz befindlichen sonstigen Software. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines straffen Kostenmanagements – weiterhin steigende Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren in den relevanten Bereichen auslösen. Dies gilt insbesondere für die Personalkosten, da neue Stellen geschaffen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund werden in der Bank 2013 und 2014 um bis zu 20 % rückläufige Betriebsergebnisse erwartet. Sie werden jedoch weiterhin über dem Vorkrisenniveau (Geschäftsjahr 2007: 146 Mio. €) liegen. Durch diese zufriedenstellenden Ertragsaussichten wird es möglich sein, die Förderdividende leicht zu erhöhen. Sie dient dazu, den gesetzlich vorgeschriebenen Förderauftrag zu erfüllen insbesondere die Programmkredite zu verbilligen, den Förderfonds und das Zweckvermögen zu stärken sowie besondere Förderungen zu ermöglichen, wie z. B. das Kapital der Edmund Rehwinkel-Stiftung aufzustocken. Darüber hinaus werden die Erträge eingesetzt, um die Kapitalausstattung weiter zu stärken.

Die unter drei verschiedenen Szenarien ermittelten Betriebsergebnisse für 2013 bis 2014 schwanken in einer Bandbreite von bis zu 25 %. Auch unter Stressbedingungen liegen sie über dem Vorkrisenniveau des Jahres 2007.

Das Fördergeschäft entwickelte sich im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres nach Plan. Der Gesamtvorstand ist zuversichtlich, das Planvolumen im mittel- und

langfristigen Fördergeschäft und die Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2013 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Gesamtvorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie "erwarten", "antizipieren", "beabsichtigen", "planen", "glauben", "anstreben", "schätzen" und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

# Jahresbilanz der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

## AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		0,2		0,2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		204,2		778,4
darunter:			204,4	778,6
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 204,2 (i. Vj. Mio. € 778,4)				
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		808,4		10,1
b) andere Forderungen		50 407,2		51 740,1
			51 215,6	51 750,2
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 4 251,6 (i. Vj. Mio. € 2 645,5)			4 560,9	2 984,7
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von anderen Emittenten		0,0		40,1
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € 40,1)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1 345,7			1 392,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 1 226,9 (i. Vj. Mio. € 1 211,1)				
bb) von anderen Emittenten	20 047,0	21 392,7		23 117,2
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 19 036,7 (i. Vj. Mio. € 21 399,2)				
c) eigene Schuldverschreibungen		633,6		633,6
Nennbetrag Mio. € 700,7 (i. Vj. Mio. € 713,3)			22 026,3	25 182,9
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			0,2	0,1
<b>6. Beteiligungen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
<b>8. Treuhandvermögen</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,5 (i. Vj. Mio. € 103,7)			104,5	103,7
<b>9. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			14,1	5,2
<b>10. Sachanlagen</b>			17,1	17,5
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			1 034,1	455,0
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			5,1	4,5
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>79 186,5</b>	<b>81 286,6</b>

# Frankfurt am Main, zum 31. Dezember 2012

## PASSIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2011 Mio. €
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		1,0		437,7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3 597,5		3 368,7
			3 598,5	3 806,4
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		69,3		417,0
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 179,8		5 615,0
			5 249,1	6 032,0
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen			62 151,4	62 820,6
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,5 (i. Vj. Mio. € 103,7)			104,5	103,7
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			3 683,2	4 435,6
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			30,3	38,8
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		86,4		84,8
b) andere Rückstellungen		312,8		313,4
			399,2	398,2
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			717,5	728,3
<b>9. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			2 219,2	1 928,2
<b>10. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	709,8			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	21,8			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	38,3	769,9		709,8
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	137,7			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	21,8	115,9		137,7
c) Bilanzgewinn		12,8		12,3
			1 033,6	994,8
<b>Summe der Passiva</b>			<b>79 186,5</b>	<b>81 286,6</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			2,7	3,1
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			1 238,9	950,1

# Gewinn- und Verlustrechnung der Landwirtschaftlichen Rentenbank,

## AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2011 Mio. €
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			2 406,5	2 414,7
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			2,4	2,6
<b>3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20,5			20,3
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	5,1			2,7
		25,6		23,0
darunter:				
für Altersversorgung Mio. € 2 415,9 (i. Vj. Mio. € 0,3)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		17,1		15,0
			42,7	38,0
<b>4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			2,0	2,5
<b>5. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			7,8	9,2
<b>6. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			291,0	580,2
<b>7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			0,0	1,8
<b>8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			0,0	0,0
<b>9. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen</b>			0,1	0,1
<b>10. Jahresüberschuss</b>			51,0	49,0
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>2 803,5</b>	<b>3 098,1</b>
<b>1. Jahresüberschuss</b>			51,0	49,0
<b>2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage</b>				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			21,8	21,4
<b>3. Einstellungen in die Gewinnrücklage</b>				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			21,8	21,4
aus dem Jahresüberschuss			38,2	36,7
<b>4. Bilanzgewinn</b>			12,8	12,3

## Frankfurt am Main, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

### ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2011 Mio. €
<b>1. Zinserträge</b> aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 055,5		2 058,0
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	703,1		773,6
		2 758,6	2 831,6
<b>2. Laufende Erträge</b> aus			
a) Beteiligungen		0,8	0,3
<b>3. Provisionserträge</b>		0,3	0,3
<b>4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		27,4	261,2
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		10,9	0,0
<b>6. Sonstige betriebliche Erträge</b>		5,5	4,7
<b>Summe der Erträge</b>		<b>2 803,5</b>	<b>3 098,1</b>

## Anhang für das Geschäftsjahr 2012

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main (im Folgenden: Rentenbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und 340e HGB. Die dem Anlagevermögen zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 4 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 5 HGB) bewertet. Die Kriterien zur Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Rentenbank führt kein Handelsbuch im Sinne von § 2 Abs. 11 KWG. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte werden unter Beachtung der handelsrechtlichen Bestimmungen mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Agien bzw. Disagien werden zeitanteilig abgegrenzt. Zero-Bonds werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter der Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag gemäß der PUC-Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleisteten Dienstzeiten verdient worden ist. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G mit Vollanpassung 2011 von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Rahmen der Berechnung zum 31. Dezember 2012 wurden die folgenden Parameter zugrunde gelegt:

- Rechnungszins gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB 5,06 % p.a.
- Karrieretrend (bis zu einem Alter von 45 Jahren) 1,00 % p.a.
- Dynamik der anrechenbaren Bezüge 2,25 % p.a.
- Rententrends (Bandbreite der Anpassung) 1,0–2,25 % p.a.
- Fluktuation durchschnittlich 2,00 % p.a.
- Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen 2,5 % p.a.

Rückstellungen für Programmkredite decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin. Die vor der BilMoG-Anwendung gebildeten Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite werden unter der Bezugnahme auf das Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Für alle erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird Vorsorge getroffen. Entsprechende Pauschalwertberichtigungen werden aktivisch abgesetzt bzw. für Kreditzusagen als Rückstellung berücksichtigt. Zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen wendet die Bank ein auf internen Ratings basierendes Expected Loss-Verfahren an.

Zur Berechnung eines etwaigen rückstellungspflichtigen Betrages im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs wurde ein periodischer (GuV-orientierter) Ansatz verwendet. Das Bankbuch umfasst alle zinstragenden Geschäfte der Bank und wird einheitlich gesteuert. Zur Berechnung wurden die zukünftigen Periodenergebnisse des Bankbuchs durch die Ergebnisbeiträge der geschlossenen und offenen Zinspositionen bestimmt. Die Diskontierungen dieser zukünftigen Zahlungsströme erfolgten jeweils auf Basis allgemein anerkannter fristenadäquater Geld- und Kapitalmarktsätze zum Abschlussstichtag. Die Risikokosten wurden auf der Grundlage zukünftig erwarteter Verluste (Expected Loss) berechnet und die anteiligen Verwaltungskosten für die Bestandsverwaltung auf Basis interner Auswertungen angesetzt. Als Ergebnis aus der Berechnung ergab sich zum 31. Dezember 2012 kein Rückstellungsbedarf.

Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB werden ausschließlich zur Sicherung des Fremdwährungsrisikos gebildet. Zur Absicherung von Währungsrisiken setzt die Rentenbank Währungsswaps und Zins-Währungsswaps ein. Die Sicherung von Währungsrisiken erfolgt mittels dispositiven Bewertungseinheiten.

Die Währungsumrechnung und bilanzielle Darstellung der Geschäfte ohne Währungssicherung erfolgt gemäß § 340h i.V.m. § 256a HGB und § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB. Nach § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB findet der Ausweis der Erträge aus der Währungsumrechnung unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ und der Aufwendungen aus der Währungsumrechnung im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ statt.

Zinsergebnisse aus Derivaten werden auf der Ebene von Produktgruppen saldiert in den Zinsaufwendungen oder -erträgen ausgewiesen.

Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Latente Steuern gem. § 274 HGB sind demnach im Jahresabschluss der Rentenbank nicht zu bilden.

Die Rentenbank stellt unter Einbeziehung der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, einen Konzernabschluss nach IFRS gemäß § 315a HGB auf.

## Angaben zur Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzposten erfolgen nach der Reihenfolge der Bilanzposten. Unterschiedsbeträge zum Bilanzausweis ergeben sich aus der Darstellung ohne anteilige Zinsen.

<b>Aktiva</b>	<b>31.12.2012</b> <b>Mio. €</b>	<b>31.12.2011</b> <b>Mio. €</b>
Pos. 2: Forderungen an Kreditinstitute		
Gliederung des Unterpostens b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeit:		
• bis drei Monate	<b>5.748</b>	<b>9.011</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>4.152</b>	<b>4.089</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>20.135</b>	<b>18.222</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>19.246</b>	<b>19.181</b>
Pos. 3: Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
• Forderungen an verbundene Unternehmen	<b>153</b>	<b>153</b>
Gliederung dieses Bilanzpostens nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>9</b>	<b>19</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>325</b>	<b>80</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>3.221</b>	<b>2.394</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>816</b>	<b>345</b>
Forderungen an Kunden mit unbestimmter Restlaufzeit i.S.d. § 9 Abs. 3 Nr. 1 RechKredV bestehen nicht.		
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Von den sämtlich börsenfähigen Wertpapieren sind:		
• börsennotiert	<b>21.268</b>	<b>24.465</b>
• nicht börsennotiert	<b>406</b>	<b>405</b>

Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 21.674 Mio. € (31.12.2011: 24.751 Mio. €) zugeordnet. Diese werden nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der dauerhaften Anlageabsicht wird bei einer voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung von einer Abwertung auf den beizulegenden Wert abgesehen. Insbesondere wird keine Abschreibung vorgenommen, sofern die festgestellte Wertminderung nur vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist und mit der vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit gerechnet wird.

Der Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, beträgt 3.053 Mio. €. Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 2.999 Mio. €. Zur Ermittlung dieses Betrags wurden Börsen- oder Marktpreise herangezogen. Die vermiedenen Abschreibungen betragen demnach 54 Mio. € (31.12.2011: 560 Mio. €). Dauerhafte Wertminderungen lagen für die Wertpapiere des Anlagevermögens nicht vor (31.12.2011: 10 Mio. €).

<b>Aktiva</b>	<b>31.12.2012</b> Mio. €	<b>31.12.2011</b> Mio. €
Pos. 4: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
• von öffentlichen Emittenten	<b>103</b>	<b>45</b>
• von anderen Emittenten	<b>3.527</b>	<b>4.536</b>
Pos. 5: Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6 und 7: Die Bilanzposten Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8: Treuhandvermögen		
Hierin sind enthalten:		
• Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	<b>102</b>	<b>99</b>
• Forderungen an Kreditinstitute	<b>2</b>	<b>5</b>
Pos. 9: Immaterielle Anlagewerte		
Hierin sind enthalten:		
• entgeltlich erworbene Software und Lizenzen	<b>14</b>	<b>5</b>
Pos. 10: Sachanlagen		
Hierin sind enthalten:		
• eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen	<b>0</b>	<b>0</b>
• fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude	<b>16</b>	<b>16</b>
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	<b>1</b>	<b>1</b>
Pos. 11: Sonstige Vermögensgegenstände		
Hierin sind enthalten:		
gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	<b>1.034</b>	<b>454</b>
Pos. 12: Rechnungsabgrenzungsposten		
Darunter:		
• Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	<b>4</b>	<b>3</b>

## Anlagenspiegel

Anlagevermögen Mio. €	Anschaf- fungs- kosten	Zugänge	Abgänge	Zuschrei- bungen	Kumu- lierte Abschrei- bungen	Buch- wert 31.12.12	Buch- wert 31.12.11	Abschrei- bungen 2012
Immaterielle Anlagewerte	7	9	0	-	2	14	5	0
Sachanlagen	34	2	2	-	17	17	17	2
Wertpapiere des Anlagevermögens	24.772	2.175	5.255	3	21	21.674	24.751	-
Beteiligungen	4	-	-	-	0	4	4	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	27	-	-	-	27	0	0	-

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2012</b> <b>Mio. €</b>	<b>31.12.2011</b> <b>Mio. €</b>
Pos. 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>279</b>	<b>110</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>290</b>	<b>64</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>1.771</b>	<b>1.595</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>460</b>	<b>880</b>
Gesamtbetrag ohne anteilige Zinsen	<b>2.800</b>	<b>2.649</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LwRentBkG	<b>770</b>	<b>764</b>
Pos. 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
• Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	<b>0</b>	<b>0</b>
• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<b>11</b>	<b>10</b>
Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
• bis drei Monate	<b>210</b>	<b>68</b>
• mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>459</b>	<b>331</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>1.045</b>	<b>1.628</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>3.312</b>	<b>3.445</b>
Gesamtbetrag ohne anteilige Zinsen	<b>5.026</b>	<b>5.472</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LwRentBkG	<b>1.501</b>	<b>1.988</b>
Pos. 3: Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen		
Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	<b>14.645</b>	<b>15.356</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>33.711</b>	<b>33.933</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>12.979</b>	<b>12.552</b>
Gesamtbetrag ohne anteilige Zinsen	<b>61.335</b>	<b>61.841</b>
Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LwRentBkG	<b>2</b>	<b>2</b>

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2012</b> Mio. €	<b>31.12.2011</b> Mio. €
Pos. 4: Treuhandverbindlichkeiten Hierin sind enthalten:		
• Verbindlichkeiten aus dem Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	<b>102</b>	<b>99</b>
• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<b>2</b>	<b>5</b>
Pos. 5: Sonstige Verbindlichkeiten Hierin sind enthalten:		
• erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	<b>3.670</b>	<b>4.423</b>
Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	<b>3.670</b>	<b>4.423</b>
Pos. 6: Rechnungsabgrenzungsposten Darunter: Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	<b>1</b>	<b>1</b>
Pos. 8: Nachrangige Verbindlichkeiten Gliederung nach Restlaufzeiten:		
• bis ein Jahr	<b>103</b>	<b>-</b>
• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>26</b>	<b>103</b>
• mehr als fünf Jahre	<b>589</b>	<b>625</b>
Gesamtbetrag	<b>718</b>	<b>728</b>

Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 718 Mio. € (Vorjahr: 728 Mio. €) beträgt der Nettoaufwand nach Sicherung 8 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €).

Die Bedingungen aller Nachrangverbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.

Angaben nach § 35 Abs. 3 RechKredV zu jeder 10 % des Gesamtbetrags der Nachrangverbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:

1. Anleihe über nominal 25 Mrd. JPY; Buchwert: 158 Mio. €;  
Fälligkeit: 21.04.2036; Zinssatz vor Sicherung: 2,8 %
2. Anleihe über nominal 100 Mio. €; Buchwert: 100 Mio. €;  
Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,676 %
3. Anleihe über nominal 100 Mio. €; Buchwert: 100 Mio. €;  
Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,706 %

<b>Angaben unter dem Strich</b>	<b>31.12.2012</b> Mio. €	<b>31.12.2011</b> Mio. €
Pos. 1: Eventualverbindlichkeiten <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausfallbürgschaften</li> <li>• Verbürgung von Sicherheitsleistungen</li> </ul> <p>Ausfallbürgschaften wurden für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite übernommen. Mit der Inanspruchnahme aus der Bürgschaften ist nach unserer Einschätzung nicht zu rechnen. Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand.</p>	3 0	3 0
Pos. 2: Andere Verpflichtungen <p>Die Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen um 289 Mio. € auf den Gesamtbestand in Höhe von 1.239 Mio. € ist ausschließlich auf eine Zunahme der Zusagen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Diese Zusagen werden überwiegend im Jahr 2013 in Anspruch genommen.</p>		
	<b>31.12.2012</b> Mio. €	<b>31.12.2011</b> Mio. €
<b>Fremdwährung</b> <p>Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden bestehen in folgender Höhe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vermögensgegenstände</li> <li>• Schulden</li> </ul>	1.869 46.031	1.975 50.877
<b>Deckungsrechnung</b> <p>Die deckungspflichtigen Verbindlichkeiten verteilen sich auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Inhaberpapiere</li> <li>• Namenspapiere</li> </ul> <p>Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Forderungen an Kreditinstitute</li> <li>• Forderungen an Kunden</li> </ul>	2 2.316 6.649 606	2 2.752 7.955 616

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Erträge

Die Zinserträge enthalten in Höhe von 70,8 Mio. € (Vorjahr: 65,6 Mio. €) den zeitanteiligen Verbrauch der Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite. Zum Geschäftsjahr 2012 erfolgte eine Ausweisänderung: Der Aufwand für die Bildung dieser Rückstellung in Höhe von 70,6 Mio. € wurde in den Posten „Zinsaufwand“ umgegliedert. Die Vorjahresvergleichszahl (69,2 Mio. €) wurde im Überkreuzkompensationsposten nach § 340f Abs. 3 HGB ausgewiesen.

Nach § 277 Abs. 5 HGB sind im Posten „Zinserträge“ Effekte aus der Abzinsung der Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite in Höhe von 54,3 Tsd. € (Vorjahr: 29,2 Tsd. €) enthalten. Im Zinsaufwand werden Effekte aus der Aufzinsung dieser Rückstellungen in Höhe von 7.474,0 Tsd. € (Vorjahr: 4.423,7 Tsd. €) ausgewiesen.

Zinsergebnisse aus Derivaten werden auf der Ebene von Produktgruppen saldiert in den Zinsaufwendungen oder -erträgen ausgewiesen. Bei einem Ausweis der Zinsergebnisse aus Derivaten auf Einzelgeschäftsbasis würden sich jeweils um rund 1,2 Mrd. € höhere Zinsaufwendungen und Zinserträge ergeben.

<b>Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV</b>	<b>2012 Mio. €</b>	<b>2011 Mio. €</b>
Pos. 5: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten:		
• Kapitalzuweisung Edmund-Rehwinkel Stiftung	2	3
• Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	5	4
Pos. 6: Sonstige betriebliche Erträge		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Erträge enthalten:		
• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude	2	2
• sonstige Erstattungen	1	2
• sonstige Erträge aus Rückstellungsaufösungen	2	1

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 13,0 Tsd. € (Vorjahr: 2,5 Tsd. €) enthalten. Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 1,0 Tsd. € (Vorjahr: 8,5 Tsd. €) ausgewiesen. Diese Währungsumrechnungsposten resultieren ausschließlich aus der Währungsbewertung der Zahlungsverkehrskonten im Ausland.

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

## Sonstige Angaben

### **Derivative Finanzinstrumente**

Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende und absehbare Marktpreisrisiken genutzt. Das Volumen der Geschäfte ist durch kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Als beizulegender Zeitwert wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann. Für Derivate wird der beizulegende Zeitwert mittels anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Den Modellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde. Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cashflow Methode) ermittelt. Für die Derivate werden zur Diskontierung Zinskurven und Spreads differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen. Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit bankaufsichtsrechtlich anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

## Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2012
<b>Zinsrisiken</b>				
Zinsswaps	88.257	84.650	2.812	4.973
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungs- rechte	588	715	48	1
Swaptions				
• Käufe	-	-	-	-
• Verkäufe	984	986	-	35
Sonstige Zinstermingeschäfte	3	5	4	-
Zinsrisiken – gesamt –	89.244	85.641	2.816	5.008
<b>Währungsrisiken</b>				
Zins-Währungsswaps	43.514	46.888	4.662	712
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	158	186	21	1
• davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	88	100	0	1
Währungsswaps	5.186	7.235	5	112
Währungsrisiken – gesamt –	48.700	54.123	4.667	824
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>				
Aktienindex-Swaps	30	45	3	0
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	30	45	3	0
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	30	45	3	0
<b>Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>	<b>137.974</b>	<b>139.809</b>	<b>7.486</b>	<b>5.832</b>

### Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	3.878	3.170	10.525	8.874	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	7.195	8.762	5.126	6.694	-	15
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	47.764	43.881	26.651	29.359	30	30
• mehr als fünf Jahre	30.407	29.828	6.398	9.196	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>89.244</b>	<b>85.641</b>	<b>48.700</b>	<b>54.123</b>	<b>30</b>	<b>45</b>

### Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte	
	31.12.2012	31.12.2011	positiv 31.12.2012	negativ 31.12.2012
Banken in der OECD	126.350	127.975	6.638	5.293
Sonstige Kontrahenten	11.624	11.834	848	539
<b>Gesamt</b>	<b>137.974</b>	<b>139.809</b>	<b>7.486</b>	<b>5.832</b>

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, werden bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen.

### Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB zu Bewertungseinheiten

Die Rentenbank setzt zur Absicherung von Währungsrisiken Währungsswaps, Zins-Währungsswaps und Devisentermingeschäfte ein. In der Bilanz erfolgt die Abbildung der Sicherung von Währungsrisiken mittels dispositiven Währungseinheiten gemäß § 254 HGB.

Zur Messung der Effektivität von Sicherungsbeziehungen wird im Regelfall die „Critical Term Match/Short Cut Methode“ herangezogen, bei der die Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden. Die Währungskursschwankungen kor-

respondierender Grundgeschäfte und Sicherungsderivate verhalten sich jeweils gegenläufig und gleichen sich für den Zeitraum bis zum Ende der jeweiligen Laufzeiten aus. Zum Bilanzstichtag waren Grundgeschäfte wie folgt in dispositiven Währungs-Bewertungseinheiten zusammengefasst:

Bilanzposten	Buchwert in Mio. €		Abgesichertes Risiko
	2012	2011	
Forderungen an Kreditinstitute	44	77	Währung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.679	1.717	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	80	55	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	175	200	Währung
Verbriefte Verbindlichkeiten	42.812	46.281	Währung
Nachrangverbindlichkeiten	442	454	Währung

Neben der sicherungsbedingten Bewertung und der Bilanzierung der Bewertungseinheiten nach § 254 HGB wird die periodengerechte Zinsabgrenzung der derivativen Geschäfte in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute (792 Mio. €), Forderungen an Kunden (105 Mio. €), Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (771 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (59 Mio. €) ausgewiesen.

### Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats

Im Geschäftsjahr 2012 betragen die Bezüge des Gesamtvorstands der Bank 1.551 Tsd. € (Vorjahr: 1.499 Tsd. €). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2012 festgesetzt:

Angaben in Tsd. €	Fixe Bezüge	Variable Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	510	235	36	781
Dr. Horst Reinhardt	510	235	25	770

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen sind zum 31.12.2012 insgesamt 14.466 Tsd. € (Vorjahr: 15.007 Tsd. €) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1.145 Tsd. € (Vorjahr: 1.216 Tsd. €) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats nahmen im Geschäftsjahr 2012 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Im Jahr 2012 wurden die Regelungen zur Verwaltungsratsvergütung verändert. Gemäß der neuen Vergütungsregelung erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30 Tsd. €, sein Stellvertreter 20 Tsd. € und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10 Tsd. € jährliche Grundvergütung. Hinzu treten je Ausschussmitgliedschaft eine Vergütung von 2 Tsd. € bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4 Tsd. €. Die im Jahr 2012 gezahlten Sitzungsgelder wurden im Rahmen der Umstellung auf die neuen Verwaltungsratsbezüge angerechnet.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 295 Tsd. € (Vorjahr 211 Tsd. €, jeweils mit Umsatzsteuer). In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgeführt (jeweils ohne Umsatzsteuer).

Angaben in Tsd. €	Mitgliedschaft 2012	Vergütung
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01. - 31.12.	44,0
Ilse Aigner*	01.01. - 31.12.	22,0
Dr. Hermann Onko Aeikens	01.01. - 31.12.	10,0
Dr. Helmut Born	01.01. - 31.12.	14,0
Georg Fahrenschon	05.07. - 31.12.	5,6
Heinrich Haasis	01.01. - 04.07.	7,0
Dr. Robert Habeck	14.06. - 31.12.	5,4
Dr. Werner Hildenbrand	01.01. - 31.12.	10,0
Werner Hilse	01.01. - 31.12.	12,0
Ulrike Höfken	01.01. - 31.12.	10,0
Wolfgang Kirsch	01.01. - 31.12.	14,0
Dr. Robert Kloos	01.01. - 31.12.	14,0
Franz-Josef Möllers	01.01. - 28.06.	6,0
Klaus-Peter Müller	01.01. - 31.12.	16,0
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	12,0
Joachim Rukwied	29.06. - 31.12.	5,6
Dr. Juliane Rumpf**	01.01. - 13.06.	4,6
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	12,0
Norbert Schindler	01.01. - 31.12.	10,6
Dr. Klaus Stein	01.01. - 31.12.	14,0
Klaus WieseHügel	01.01. - 31.12.	12,0
<b>Gesamtsumme</b>		<b>260,8</b>

\* Direkte Spende an das SOS Kinderdorf Irschenberg

\*\* oder Vertreter

### Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nach § 267 Abs. 5 HGB

Personalbestand	2012			2011		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	129	81	210	127	77	204
Teilzeitbeschäftigte	4	36	40	4	31	35
<b>Insgesamt</b>	<b>133</b>	<b>117</b>	<b>250</b>	<b>131</b>	<b>108</b>	<b>239</b>

### Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

	Eigenkapital Mio. € 31.12.2012	Anteil am Kapital %	Ergebnis Mio. € 2012
LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	56,4	100,0	+0,9
Deutsche Bauernsiedlung - Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung (DGL) GmbH, Frankfurt am Main (in Abwicklung)	7,8*	25,1	-0,2*
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	11,9	100,0	-0,2
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	58,6*	6,3	+1,1*

\*) 31.12.2011

Auf die Nennung weiterer Gesellschaften nach § 285 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100 % der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, diese finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Konzernanhang enthalten.

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich.

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sind auf der Internetseite der Rentenbank sowie im elektronischen Bundesanzeiger verfügbar und können darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

In der folgenden Übersicht werden die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der Rentenbank wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Hans Bernhardt	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin (Mitglied des Aufsichtsrats)
Dr. Horst Reinhardt	VR-LEASING AG, Frankfurt am Main (Mitglied des Aufsichtsrats)
Lothar Kuhfahl	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover (Mitglied des Aufsichtsrats)

## Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats

### Vorstand

Dipl.-Kfm. Hans Bernhardt  
Dipl.-Volksw. Dr. Horst Reinhardt, MBA

### Verwaltungsrat

#### Vorsitzender:

Ehrenpräsident Gerd Sonnleitner  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

#### Stellvertreterin des Vorsitzenden:

Ilse Aigner MdB  
Bundesministerin für Ernährung, Land-  
wirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin

#### Vertreter des Deutschen Bauernverbands e.V.:

Generalsekretär Dr. Helmut Born  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin

Präsident Werner Hilse  
Landvolk Niedersachsen-Landesbauern-  
verband e.V., Hannover

Präsident Franz-Josef Möllers  
Westfälisch-Lippischer-Landwirtschafts-  
verband e.V., Münster  
(bis 28.06.2012)

Präsident Joachim Rukwied  
Deutscher Bauernverband e.V., Berlin  
(ab 29.06.2012)

Präsidentin Brigitte Scherb  
Deutscher Landfrauenverband e.V., Berlin

Präsident Norbert Schindler MdB  
Bauern- und Winzerverband, Rheinland-Pfalz Süd e.V.,  
Berlin

#### Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.:

Präsident Manfred Nüssel  
Deutscher Raiffeisenverband e.V., Berlin

<b>Vertreter der Ernährungswirtschaft:</b>	Dr. Werner Hildenbrand Sprecher GF Hengstenberg GmbH & Co KG stv. Vorsitzender der BVE, Esslingen
<b>Landwirtschaftsminister der Länder:</b>	
<b>Rheinland-Pfalz:</b>	Ulrike Höfken Staatsministerin Staatsministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Mainz
<b>Sachsen-Anhalt:</b>	Minister Dr. Hermann Onko Aeikens Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
<b>Schleswig-Holstein:</b>	Ministerin Dr. Juliane Rumpf Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (bis 13.06.2012)
	Minister Dr. Robert Habeck Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel (ab 14.06.2012)
<b>Vertreter der Gewerkschaften:</b>	Klaus WieseHügel Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main
<b>Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:</b>	Dr. Robert Kloos Staatssekretär, Berlin
<b>Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:</b>	Dr. Klaus Stein Ministerialdirigent, Berlin
<b>Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:</b>	Klaus-Peter Müller Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Frankfurt am Main
	Präsident Heinrich Haasis Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin (bis 04.07.2012)

Wolfgang Kirsch  
Vorsitzender des Vorstandes  
DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

Präsident Georg Fahrenschon  
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin  
(ab 05.07.2012)

Frankfurt am Main, den 4. März 2013

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK  
Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

## **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2013

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK  
Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 4. März 2013

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard	Liebermann
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

## **Bericht des Verwaltungsrates**

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31.12.2012 sind durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31.12.2012 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG, Berlin, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2012 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2012.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 21 820 127,82 entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 51 000 000,- werden € 38 250 000,- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den Bilanzgewinn von € 12 750 000,- in der Weise zu verwenden, dass € 6 375 000,- dem Zweckvermögen und € 6 375 000,- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Frankfurt am Main, den 22. März 2013

DER VERWALTUNGSRAT  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende  
Gerd Sonnleitner



Landwirtschaftliche Rentenbank  
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main  
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0  
Telefax 069 2107-6444  
[office@rentenbank.de](mailto:office@rentenbank.de)  
[www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de)